

Nachtrag. Seit IX/2007

[Krise]· Schnelle Geschichte. Auf Grundlage einiger Zeitschriftenbeiträge. Exzerpiert und kommentiert etc. Quellen:
Le Monde diplomatique, September 2007 oder angegeben.

- Seite 2: Der feine Unterschied: Waffen in Nahost
- Seite 3: Glossar
- Seite 5: Mechanik der Finanzkrise.
Eine leichtverständliche Einführung.
[Immanente Darstellung]
- Seite 13: Sanfter Sozialismus mit guten Kapitalisten.
[Spiel mit Worthülsen]

≡) i t i o n

yrjw
|
Touylyy

4

AKTUELL

[FINANZ]KRISE

QUELLE

Mit feinen Unterschieden
WAFFENHANDEL
von Maurice Lemoine
Kommentiertes Exzerpt

Bei Waffen für den Nahen Osten sind die Vereinigten Staaten [von Nordamerika] nicht knausrig. Am 2. August 2007 verkündete Condoleezza Rice, die USA – speaks likewise English – werden in der kommenden Dekade für 46 Milliarden Dollar Rüstungsgüter an befreundete arabischen Staaten liefern¹: Saudi-Arabien, Ägypten und die Golfstaaten von Kuwait bis Oman.

Aber müßte nicht Israel Bedenken gegen diese Aufrüstung erheben?

Kein Problem. Am 15. August 2007 stockte Washington die Militärhilfe für Tel Aviv um deutlich über 20% auf: der Staat Israel erhält² innerhalb der nächsten zehn Jahre 30 Milliarden Dollar.

Die UN-Vollversammlung beschloß am 6. Dezember 2006 die Ausarbeitung eines internationalen Vertrags über die Weitergabe konventioneller Waffen. Für die Resolution stimmten 153 Staaten, 24 Staaten enthielten sich [u. a. Großhändler wie China und Rußland, Indien, der Iran, Israel und Pakistan]. Nur ein Land stimmte dagegen: die USA.⁴ [...]

Nahezu gleichzeitig unterzeichnete Frankreich einen Waffenlieferungsvertrag mit Libyen: geliefert³ werden Milan-Panzerabwehrraketen des europäischen Rüstungskonzerns MBDA und das digitale Funksystem Tetra der deutsch-französischen EADS – für zusammen knapp 300 Millionen Euro.

›Was wirft man mir eigentlich vor?‹, empörte sich Präsident Sarkozy. ›Daß ich Aufträge vermittele?‹ – Der Vorwurf: dieser Handel mit dem Tod vollzieht sich in einer Grauzone, jenseits des Einflusses demokratischer Instanzen.⁵ Es wird – mit welcher Gier auch argumentiert – weiter an der Rüstungsspirale gedreht. Auf über 6 Milliarden Euro schätzte das Rüstungsressort des Verteidigungsministeriums die französischen Waffenexporte für das Jahr 2007 [2004 noch 3,38 Milliarden Euro]. [...]

Um die Produktivität zu steigern, liefert die Rüstungsindustrie nicht mehr bloß Waffen. US- oder europäische Unternehmen (wie EADS) verkaufen bspw. die Technologie und die Komponenten für den neuen chinesischen Kampfhubschrauber Z-10.

Das pyromane Verhalten der USA im Nahen Osten provoziert Syrien und den Iran, die [ihrerseits] mit China oder Rußland [...] ins Geschäft kommen könnten. In Afrika beunruhigen die französischen ›Geschenke‹ an Libyen die Regierung in Niger; Libyen erhebt neuerdings Anspruch auf einen Gebietsstreifen von Niger, wo man Erdöl- und Uranvorkommen vermutet. Und Israel importiert nicht nur High-Tec-Rüstungsgüter, sondern ist heute u. a. der größte Waffenlieferant Kolumbiens. In Venezuela macht die Feuerkraft des Nachbarn – gepaart mit der Feindseligkeit der USA – einige Sorgen, weshalb sich Caracas zwecks Modernisierung seines eigenen Arsenal an Moskau gewendet hat.

Weitere Waffenlieferanten drängen auf den Markt: Indien, Südkorea, Südafrika. Die weltweiten Rüstungsausgaben erreichten Ende 2006 die Rekordmarke von 1 058,9 Milliarden Dollar.⁶

Nebenbei: Das Pentagon meldete kürzlich das spurlose Verschwinden von 110 000 Kalaschnikows und 80 000 Pistolen, die 2004 und 2005 an irakische Regierungstruppen geliefert wurden.[...]

babelClub

- ›liefern‹ heißt verkaufen. Besagte Freunde bezahlen die US-amerikanische Waffenlieferungen. Dennoch dürfen sie froh und stolz sein. Waffentechnisch zumindest – den Staat Israel ausgenommen – sind sie den anderen Schurken damit einige Schritte voraus.
- ›erhält‹ heißt fast geschenkt. Selbstredend sind die Offizial-Israeli dafür stets zu Diensten, falls erforderlich. Darüberhinaus ist kein Ausgleich erforderlich. Ob die Dollar in cash rollen oder teils doch in Kriegswaren, wurde nicht spezifiziert.
- ›geliefert‹ heißt verkauft, gegen Bezahlung.
- Vgl. die Liste der UN-Resolutionen, [Briefe aus dem babelClub bei Zeit.diSein, vom 26.3.09](#)
- Aber kein ›X‹ für ein ›U‹; auch diesseits von Eden (Parlament) sind die Argumente im Grundsatz deckungsgleich. Nota: im Jahr 15 nach dem kalten Krieg. Es gibt immer einen Grund.
- Damit erreicht der Waffenhandel etwa 10 Prozent am gesamten Welthandel [ohne Finanztitel, [vgl. dazu edition babelClub Aktuell 2, S. 7](#)]. Anders gesagt, das wären etwa 1 00 \$ US mtl. pro Kopf eines jeden derzeit [Ver]hungernden.

[Bei diesen großen, praktisch-sinnlich ›unvorstellbaren‹ Zahlen ist es hilfreich, ein Grundmaß zu haben und damit wenigstens in etwa eine Proportion der Mengenverhältnisse. Die weltweit bereitgestellten Hilfsmittel (lt. ›[Welthungerhilfe](#)‹) für ca. 1 Milliarde Menschen belaufen sich auf 12 Mrd. \$ US im Jahr oder einen Dollar für jedes hungernde Maul im Monat. Damit hat jeder dieser Hungerleider, bei entsprechend geringer Leihgebühr für Handfeuerwaffen, einmal monatlich die Chance, durch Kauf und zielgerichtete Verwendung einer High-Tec-Patrone seinem Elend dauerhaft zu begegnen. Einige hatten bereits das Glück, sich nicht selbst darum – haben – kümmern zu müssen. Requiescat in pace, wie der gebildete US-Amerikaner bei solchen Gelegenheiten zu sagen pflegt.]

GLOSSAR

Aktienfonds Investmentfonds, die das gesammelte Geld nur oder vorwiegend in Aktien investieren. Der Anleger kann dadurch sein Risiko breiter streuen als beim direkten Erwerb einzelner Aktien.

Bear Stearns 1923 gegründete, weltweit operierende US-amerikanische Geschäftsbank mit Hauptsitz in New York, Bilanzsumme im Mai 2007: 423,3 Mrd. \$ US, im Zuge der Bankenkrise von J.P.Morgan Chase mit Hilfe der US-Notenbank am 30. Mai 2008 zum Spottpreis von 236 Mio \$ US übernommen.

CDO [Collateralised Debt Obligation], ›gebündelte‹ Schuldtitel. Konzipiert als ›Schuldscheine auf Schuldscheine erlauben sie eine von den Originalschuldtiteln verschiedene Kombination der Risiken.

Covenant Lite ›Windige‹, unabgesicherte Kredite für Spekulanten.

Derivate Finanzinstrumente, deren Preis sich nach den Kursschwankungen anderer Objekte richtet. Derivate sind so konstruiert, daß sie Schwankungen der Preise dieser Anlageobjekte überproportional nachvollziehen. [Erläuterung: [edition babbelClub Aktuell 2, S. 6, Anm. 10](#)]. Zu den wichtigsten Derivaten zählen Zertifikate, Optionen, Futures und Swaps [bspw. Asset-Swap, Constant Maturity Swap, Credit Default Swap, Devisenswap, Equity Swap, Total (Rate of) Return Swap, Währungsswap, Zinsswap].

EADS N.V. [European Aeronautic Defense and Space Company](#); Rüstungskonzern.

Equity [siehe Junk](#)

Hedgefonds fast immer in Steueroasen ansässig, ohne Finanzmarktaufsicht, setzen das von ihnen verwaltete Geld riskant und meist in extrem kurzfristigen Aktionen ein. Dabei ›investieren‹ sie in Aktien, Rohstoffe [Derivate], Währungen [Derivate] und sonstige Finanzmarktinstrumente. Sie nutzen Währungskurs- oder Preisschwankungen, auch indem sie darauf ›spekulieren‹ oder solche provozieren.

[Einfaches Beispiel: Der Kurs des thailändische Bhat stehe am 1. Januar auf 10 ¢ US. Der Hedger verkauft am 1. Januar (Vertragsabschluß) zu diesem Kurs 1 Mrd. Bhat, die er nicht hat (Leerverkauf), zum Preis von 100 Mio \$ US, Liefertermin 31. Januar (Vertragserfüllung). Nun ›spekuliert‹ er gegen den Bhat, um bis zum Liefertermin dessen Preis herunterzudrücken, bspw. auf 5 ¢ US/Bhat. Die zu liefernde Ware, 1 Mrd. Bhat, würde dann 50 Mio \$ US kosten, ›Gewinn‹ des Hedgers folglich 50 Mio \$ US. Bei einem Vorschuß (Einlage 10%) für diesen Handel von 10 Mio \$ US und einer Laufzeit von $\frac{1}{12}$ Jahr (gerundet, vom 1. bis zum 31. Januar) entspräche dies einer ›Kapitalrendite‹ von 6000%. Solche Spekulationen richten sich meist gegen Staaten mit rel. geringen Währungsreserven, die aus verschiedenen Gründen eine Abwertung der eigenen Währung nicht zulassen wollen, bspw. wenn sie Kredite zurückzahlen und sich die dazu benötigte fremde Währung im Tausch gegen die eigene erst noch beschaffen müssen. Insbesondere interessant als weitere Profitquelle sind in diesem Zusammenhang die durch die Spekulation ›erzwungenen‹ Abwehrkämpfe der betroffenen Staaten (ihrer Nationalbanken). Deshalb u. a. hat sich die VR China so mit Devisen eingedeckt.]

Ursprünglich war Hedging (Futures) zur Absicherung gegen erntebedingte Rohstoffpreisschwankungen bspw. bei Kakao oder Kaffee für Schokoladenfabriken und Großröstereien (verkäuferunspezifischer langfristiger Liefervertrag) u. ä. gedacht, doch dieses Motiv spielt heute kaum noch eine Rolle.

IKB [IKB Deutsche Industriebank AG], Hauptgesellschafter ist die [KfW](#).

Investmentfond Die Anleger erwerben Anteile an einem Fond, der ihr Geld etwa in Aktien, Anleihen, Immobilien in unterschiedlicher Mischung investiert. Die Fondbetreiber erheben Verwaltungsgebühren und meist einen Ausgabeaufschlag.

Investment grade oder senior tranche [AAA [eingestuft](#)], oberste Tranche einer CDO, sichert ihrem Inhaber bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner die ersten 20 bis 30 Prozent aus der Konkursmasse.

Junk Equity oder lowest tranche [ohne Einstufung], unterste Tranche einer CDO, auch als Giftmüll [toxic waste] bezeichnet

KfW [KfW Bankengruppe, vormals Kreditanstalt für Wiederaufbau], Anstalt des öffentlichen Rechts, Rechtsaufsicht beim Bundesministerium für Finanzen; Bilanzsumme 2007: 376 Mrd. Euro; rd. 3 500 Beschäftigte.

MBDA Rüstungskonzern mit dem schönen Slogan ›[Investor in People](#)‹.

Mezzanine oder middle tranche [AA bis BB eingestuft], mittlere Tranche einer CDO.

Moody's [Moody's Investors Service], von der US-amerikanischen Finanzaufsicht [SEC](#) seit 1975 anerkannte Ratingagentur [[NRSRO](#)]. gehört zu Moody' Corporation [gelistet an der [NYSE](#)].

Ninja [No income, no job or asset], deutsch: ›Kein Einkommen, kein Job, kein Vermögen‹], Ausdruck für ungedeckte Kredite.

NRSRO [Nationally Recognized Statistical Rating Organization], derzeit (2009) 10 Agenturen.

NYSE [New York Stock Exchange], größte Wertpapierbörse der Welt, Sitz in der ›Wall Street‹, New York, USA; ›gegründet‹ 1792.

Pensionsfonds Versicherungsähnliche Fonds, in die Anleger regelmäßig Geld einzahlen, um daraus später eine Rente zu beziehen. Die Fonds können das Geld in sicheren, festverzinslichen Wertpapieren investieren ebenso wie in Aktien, die ein höheres Risiko aufweisen.

GLOSSAR

Pentagon U.S. Department of Defense

›Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten von Nordamerika [USA], mit Sitz in einem fünfeckigen Gebäudekomplex [Pentagon].

Private Equity [außerbörsliches Beteiligungskapital], oft ›Risiko-Kapital [venture capital].

Private-Equity-Fonds: Fonds, die mit dem von Großinvestoren eingesammelten Geld ganze Firmen oder größere Anteile übernehmen. Oft nehmen die Fonds dann Kredite auf den Namen des übernommenen Unternehmens auf. Mit diesem Geld zahlen sie ihren Anlegern einen beträchtlichen Teil ihres Kapitaleinsatzes zurück. Zusätzlich knöpfen die Fonds den übernommenen Firmen Beratungsgebühren ab. Wird das Unternehmen ganz oder tranchiert weiterverkauft oder an die Börse gebracht, kommt dies den meist Großinvestoren zugute. Kleinanlegern stehen Private-Equity-Fonds in der Regel nicht offen.

Rentenfonds Investmentfonds, die das Geld in Anleihen [Renten] anlegen, oftmals Unternehmensanleihen, aber auch Anleihen von Staaten oder öffentlichen Einrichtungen. Auf die meisten Anleihen wird ein fest vereinbarter Zinssatz gezahlt (festverzinsliche Wertpapiere).

RMBS [›Residential Mortgage Backed Securities‹], an Immobilienkredite gebundene Wertpapiere.

SEC [U.S. Securities and Exchange Commission], seit 1934 zuständig für die Kontrolle des US-amerikanischen Wertpapierhandels, Sitz in Washington D.C., ca. 3 000 Beschäftigte.

Subprime Mortgages sind Hypotheken(kredite) von ›Kreditnehmern‹ mit geringer Kreditwürdigkeit.

Meist ist der Zinssatz bei Subprime Mortgages höher als bei konventionellen Hypotheken zum Ausgleich für das größere Ausfallrisiko. Je geringer die Bonität des Schuldners, desto höher der Zinssatz. Schon vor den Subprimes war dieses Prinzip im Drogenhandel bekannt und weit verbreitet.

Welthungerhilfe Hilfsorganisation [in der Bundesrepublik Deutschland].

QUELLE

DIE MECHANIK DER FINANZKRISE

von Frédéric Lordon

Kommentiertes Exzerpt [Spätsommer 2007]

Hier: der vollständige Artikel im web

[www.NachDenkSeiten].

Wann die aktuelle Krise der Finanzmärkten zu Ende sein wird, weiß niemand. Auch deshalb läßt sich nicht sicher voraussagen, ob und wie stark sie auf die reale Wirtschaft übergreifen wird. Klar ist nur, daß diese Krise geradezu Modellcharakter hat: An ihrem Ablauf läßt sich studieren, welche Mechanismen in der Welt der Derivate und der Hedgefonds am Werke sind und warum diese neuen ›Segnungen‹ der ›Kapitalmärkte‹ stets neue Krisen hervorbringen werden.

[...]

Auch wenn die aktuelle Krise der Kreditmärkte neue Anlagefelder und Folgeprobleme betrifft, offenbart sie doch nur ein weiteres Mal die wichtigsten Ingredienzien des [kapitalistischen] Desasters. Damit bietet sich allen, die es wissen wollen, erneut die Chance, über die ›Segnungen‹ der liberalisierten Kapitalmärkte [und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt] nachzusinnen.

Allerdings läßt sich der starre Glaube an die instrumentelle ›Vernunft‹ der Finanzmärkte, der sich als das leibhaftige Realitätsprinzip ausgibt, nicht leichter Hand entlarven. Unterwirft dieses Prinzip nicht die Unternehmen einzig und allein der nüchternen Herrschaft der Fakten, den Kriterien des ›Reporting‹ (in den Quartalsberichten) und des ›Track Record‹ (im chronologischen Protokoll der Erfolgsdaten)? Heute, angesichts der deprimierenden Folgen der jüngsten Geschichte erweisen sich dieselben Prediger des ›vernünftigen‹ Finanzmarkts auf monströse Weise als blind und ahnungslos.

[...]

Vielleicht weil der ›Track Record‹ der finanziellen Liberalisierung nicht gerade umwerfend ist? [...] Seitdem die neue Finanzpolitik grasiert, hat sie kaum mehr als drei Jahre in Folge ohne große Unfälle überstanden. Diese verdienen es fast alle, in die Chronik der Wirtschaftsgeschichte einzugehen:

- 1987 der denkwürdige Börsenkrach
 - 1990 der Zusammenbruch der ›Ramschanleihen‹ (›Junk Bonds‹)
 - 1990 Krise der US-amerikanischen Sparkassen (›Savings and Loans‹)
 - 1994 der Verfall der US-Staatsobligationen
 - 1997 die erste Phase der internationalen Finanzkrise (vor allem Thailand, Korea und Hongkong)
 - 1998, die zweite Phase der internationalen Finanzkrise (Rußland und Brasilien)
 - 2001 das Platzen der Internetblase und anschließend die Krise der New Economy, die sich noch bis 2003 hinzog.

Kettenreaktionen einer entfesselten Spekulation

Und nun, im Jahr 2007? Heute lesen wir devote Interpretationen wie: ›Die Globalisierung der Wirtschaft ist ein glückbringender, aber anfälliger Prozess.‹ So Pierre-Antoine Delhommais in ›Le Monde‹ vom 9. August 2007, der angesichts der gewaltigen, selbstzerstörerischen, immer wiederkehrenden Erschütterungen die Widerstandsfähigkeit der Bestie nur noch mehr zu bewundert, weil sie nach jeder Krise wieder auf die Beine kommt und noch prachtvoller dasteht als je zuvor. Verwunderlich nur, daß dieser Journalist [in seinem ›Journal‹ zu berichten] vergißt, was es für die Haushaltskassen der Beschäftigten¹ bedeutet, wenn nach dem Finanzrausch die Schulden beglichen werden müssen. Denn unweigerlich trifft der Crash der Märkte zunächst die Banken, also den Kreditmarkt, dann die Investitionen und das Wirtschaftswachstum und am Ende die Arbeitsplätze.²

babbelClub

1 ›Haushaltskasse‹. Arbeitslohn, Preis der Ware Arbeitskraft – bis hin zu den Saisonarbeitern, die in Süditalien inzwischen unter 3 Euro die Stunde erhalten, brutto, einschließlich aller ›Steuern und Abgaben‹, und deren Beschäftigung kaum über vier Monate jährlich hinausreicht. Die Verhältnisse in Afrika sind jedoch weitaus schlimmer. ›Die Italiener‹ mögen tröstend zur Kenntnis nehmen, daß italienisches Tomatenmark sich mit chinesischem den Markt teilt und ein italienischer Industrieller über 90% der nigerianischen Tomatenindustrie kontrolliert. Die ›Neger‹ wissen schon, für wen sie (ver)hungern. Die neuerliche Einführung von Maschinen zur Tomatenernte – zunächst in Italien – wird zudem die gegenwärtige Nachfrage nach Arbeitskraft in diesem Bereich auf unter 10% reduzieren. Selbst wenn der Saisonarbeiter danach für nahezu umsonst – unter 1 Euro/Stunde – arbeiten würde, wäre er damit zu teuer und die mit seiner Arbeit geerntete Tomate nicht mehr wettbewerbsfähig. Das beweist die Entwicklung und Lage der kleineren Tomatenanbauer (Unternehmer ohne Erntemaschinen).

Der Lohn (›die Haushaltskasse‹) gerät von unten her unter Druck. Moderne Strategien lehren, den Gegner an seinen schwächsten Stellen anzugreifen, von der Peripherie her aufzulösen und erst dann die bereits geschwächte Kerntruppe ›aufzulösen‹. Daher die Berichte im Hessischen Rundfunk über die Zuversicht zufällig auserlesener Passanten in Frankfurt am Main über die ›mediengemachte‹ Krise (März 2009).

2 ›Arbeitsplätze‹, gängiger Euphemismus für ›Sachinvestitionen‹, deren ›Kapitalrendite‹ durch die Verwertung von Arbeitskraft entsteht im – vermeintlichen – Gegensatz zu ›Finanzinvestitionen‹. Die Reihe ›Investitionen, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze‹ ist eine Tautologie.

Den Euphemismus beiseite bleibt: bereits der ›Finanzrausch‹ drückt massiv auf den Lohn [vgl. [edition babbelClub Aktuell 3](#), S. 11, Anm. 2 und Anm. 4].

Offenbar mußte der [bis dahin gut bestellte] Journalist Delhommais erst die brutale Übernahme ›seiner‹ Zeitung durch einen Investmentfonds erleben und die Folgen des ›Downsizing‹, des ›Abspeckens‹ [am eigenen Leib] verspüren, ehe er sich gedrängt fühlte, die Praktiken auf den Finanzmärkten, [...] die dadurch ausgelösten Krisen und deren soziale Folgen zu bilanzieren. Die Schläge der Globalisierung müssen einen erst [selbst] schmerzhaft treffen, bevor man damit aufhört, sie als ›glückbringend‹ zu empfinden [und dieses ›Glücksgefühl‹ gut bezahlt auch aller Welt zu verkünden].

Die von den US-Kreditmärkten ausgehende Krise veranschaulicht idealtypisch die fatalen Kettenreaktionen einer entfesselten Spekulation. Ähnlich einer Militärparade führt sie uns das toxische Arsenal des Finanzkapitals vor. Es sind immer wieder dieselben Erscheinungen, die stets in derselben Phasenabfolge auftreten:

1. Das ›Ponzi-Gesetz‹ der Spekulation
2. Leichtfertiges Risikoverhalten auf dem Gipfel des Finanzzyklus
3. Strukturelle Anfälligkeit gegenüber minimalen Veränderungen des ökonomischen Umfelds und der Katalysatoreffekt lokaler Zusammenbrüche, der den Wandel des Wirtschaftsklima beschleunigt
4. Neigung zur überstürzten Revision bisheriger Einschätzungen
5. Ansteckungsgefahr, wenn Mißtrauen und Zweifel weitere Marktsegmente erfassen
6. Schockwirkung auf die Banken, die sich bei der Kreditvergabe am stärksten exponiert haben
7. Gefahr einer Systemkrise, also eines Zusammenbruchs der globalen Finanzmärkte und einer nach den allfälligen Kreditrestriktionen sich ausbreitenden Rezession. Worauf in der Regel ein Hilferuf an die Adresse der Zentralbanken ergeht, und zwar ausgerechnet von den fanatischen Verfechtern der freien Privatinitiative.

Phase 1: das ›Ponzi-Gesetz‹ der Spekulation

Die innere Verkettung der Finanzmärkte hat niemand präziser dargestellt als Hyman Minsky mit seinem anschaulichen Ausdruck ›Katastrophenblindheit‹. Minsky verdeutlicht dies anhand des betrügerischen Treibens von Charles Ponzi. Dieser Spekulant köderte in den 1920er Jahren leichtgläubige Einfaltspinsel mit dem Versprechen ungeahnter Renditen, ohne irgendeine wirkliche [reale] ›Kapitalanlage‹, mit deren Erträgen er diese Versprechungen hätte einlösen können. Ponzi bediente seine ersten Anleger [Kunden, Investoren] mit dem geliehenen Geld derer, die er als nächste anlockte. Das ganze System beruhte also schlicht auf stetigem Zuwachs an neuen Anlegern [Schneeballsystem]. Sieht man von der betrügerischen Seite speziell dieses Treibens ab, funktionieren alle Finanzblasen nach einem vergleichbaren Mechanismus. Sie sind auf einen gleichbleibenden Zufluß an Liquidität angewiesen, auf Investitionen in den Markt, um die Hausse – samt der Illusion vom Profit für alle – am Laufen zu halten. Es müssen also möglichst viele Akteure in die Spekulation verwickelt werden. Und natürlich kommen nach der ersten Welle der ›Experten‹ immer mehr ›normale‹, mit wenig Sachverstand ausgestattete Teilnehmer [Sparer] hinzu, die gegen Ende des ›Spiels‹ das Gros der Spekulationsbataillone stellen.

Nach diesem Modell funktionierte [bis zur Krise] auch der US-Immobilienmarkt. [Es] mußten immer mehr ›Käufer‹ auf den Markt der Hypothekenanleihen gedrängt werden. Am Anfang war es nicht allzu schwer, denen, die den ›Traum‹ vom ›eigenen‹ Grund und Boden hegen, den Nutzen dieser Form des Schuldenmachens einzureden. Der Anreiz war besonders wirksam, weil zuvor viele US-Bürger auf die Internetblase hereingefallen und ein Finanzdebakel erlebt hatten und nun nach anderen Investitionsmöglichkeiten suchten.³

- 3 Das ist unschlüssig. Entweder will jemand ›träumen‹, real, wenn er wach ist, indem er sich ein ›Traumgut‹ verschafft, mit geliehenem Geld, einen Gebrauchswert also, der ihn, weil mit geliehenem Geld gekauft, letztlich mehr kostet als den bar bezahlten Marktpreis und der ihm außer diesem Zins-Verlust nichts bringt als weitere zusätzlichen Kosten für den Unterhalts dieser Sache [Immobilie].

Oder jemand sucht eine ›Anlage‹, eine ›Investitionsmöglichkeit‹, die sein ›Vermögen‹ vergrößert. Es ist ein Unterschied, ob jemand eine Ware kauft, um sie zu nutzen und zu vernutzen, oder ob er sie ›spekulativ‹ kauft, damit sie ihm mehr bringt, als sie kostet, wenn er sie wieder in Geld verwandelt [siehe dazu auch Karl Marx, Das Kapital, Bd.1, Erster Abschnitt, Kapitel 4, Die Verwandlung von Geld in Kapital (MEW 23)].

Der Arbeiter als Kapitalist ist eben nur eine andere Darstellung des Hermaphroditen in seiner modernen Gestalt als Autokastrat.

[Zum ›Wunder‹ der ›reverse mortgage‹ siehe [edition babelClub Aktuell 2, S. 3, Anm.4](#)].

Nachdem das Kontingent an ›gesunden‹ Kreditnehmern relativ rasch ausgeschöpft war, mußte der wachsende Markt unter allen Umständen weiter gestützt werden. Deshalb suchten die Händler mit Immobilienkrediten ihren Kundenkreis zu erweitern: Ökonomisch ›kranke‹ Kreditnehmer? Plattfüße? Asthmatiker? Kein Problem: Sie wurden einfach für tauglich befunden. Die Käufer strömten in Scharen auf den Markt, die Preise gingen ständig in die Höhe. Und wenn sich Zweifel am finanzwirtschaftlichen Perpetuum mobile regten, wurden diese von Hauskäufern wie von Maklern mit der Überlegung zerstreut: Selbst wenn ein Kunde die Zinsen und die Raten nicht bedienen kann, läßt sich das Haus mit Gewinn für die eine und Provision für die andere Seite verkaufen. Und da im Glauben an unbegrenztes Wachstum des Marktes jeder potentielle Kunde als tauglich galt, wurden die Kredithähne bis zum Anschlag aufgedreht.⁴ Die spekulative, sich selbst ernährende Hausse scheint allen recht zu geben.

[Das ist die Stunde der] ›Subprime Mortgages‹: das sind Hypotheken[kredite] von ›Kreditnehmern‹ mit oft zweifelhafter Kreditwürdigkeit, welche, [von Hypothekemaklern vermittelt,] den kreditgebenden Banken unbekannt sind. Auf dem Höhepunkt der Euphorie fallen schließlich alle Bedenken. Was gibt es Tolleres als Kredite der Kategorie ›Ninja‹? [No income, no job or asset, deutsch: ›Kein Einkommen, kein Job, kein Vermögen‹], also keinerlei Sicherheiten für den Kredit. Dafür wird beim Abschluß solcher Verträge Champagner entkorkt.

Phase 2: leichtfertiges Risikoverhalten

Die Finanzwelt läßt sich nicht so leicht erschüttern, schließlich hält sich jeder für einen Champion des Risikomanagements. Tatsächlich ist, was neue Instrumente betrifft, der Einfallsreichtum fast unbegrenzt. Eines der Geheimrezepte heißt ›derivative Produkte‹. Ein solches Produkt profitiert davon, daß ein Kredit, und zumal ein mit Risiken behafteter, normalerweise bis zum – guten oder schlechten – Abschluß in den Büchern des Kreditgebers verbleibt. In den frühen 1990er Jahren kam man auf die tolle Idee, eine Gewisse Anzahl von Krediten zu marktfähigen Schuldverschreibungen zu bündeln. Der gewaltige Vorteil dieses zutreffend als ›Schuldtitel-Strategie‹ (oder ›Schuldtitel-Trick‹) bezeichneten Geschäfts besteht darin, daß am Finanzmarkt solche neu geschaffenen Wertpapiertitel [...] an finanzkräftige [...] institutionelle Investoren abgegeben [verkauft] werden können. Damit verschwinden die problematischen Kredite aus der Bilanz der ursprünglich verleihenden Banken. Letztere vergeben deshalb Kredite um so unbedenklicher, je mehr von ihnen sie dank der ›Schuldtitel-Strategie‹ absetzen [verkaufen] können,

Warum aber sind die Finanzinvestoren bereit zu kaufen, was die Banken möglichst loswerden wollen? [...] vor allem, weil diese Titel ›marktfähig‹ sind, also an Dritte veräußert werden können, [weil] die neue Art von ›Derivaten‹ – vom ursprünglichen Typ des Kredits ›abgeleitet‹ – sich in Teilbeträge [Tranchen] mit entsprechend unterschiedlich soliden Krediten, also verteilten Risiken aufsplitten läßt. Jeder Investor kann sich so die für seine Risikobereitschaft geeignete Mischung herauspicken, wohl ›wissend‹, daß sich immer jemand finden wird, der seinerseits die riskanteste und damit einträglichste Tranche übernimmt.⁵ Vor allem Hedgefonds gehen derartige Risiken ein. Das geht gut, solange alles gutgeht.

Das Risiko versickert

Klar ist dabei, daß alle mit den ursprünglichen Krediten verbundenen Verwertungsrechte an den Finanzströmen, aber auch die entsprechenden Ausfallrisiken auf die Inhaber dieser RMBS [Residential Mortgage Backed Securities]: an Immobilienkredite gebundene Wertpapiere] übergehen, Da die Zahl dieser Inhaber sehr groß und schwankend ist, läuft das ganze auf eine sehr weite Streuung des Globalrisikos hinaus. Während eine kreditgewährende Bank früher ihre Ausfälle allein bewältigen mußte, ist sie nun [im Falle der RMBS] von diesem Risiko völlig befreit. Die Kosten der Ausfälle verteilen sich auf unzählige Investoren, weshalb jeder Investor nur einen kleinen Teil davon zu tragen hat, was für sein Gesamtportfolio ein verschwindendes Risiko zu sein scheint.

4 Es sind zwei Szenarien beschrieben. Erstens, der Käufer wird zahlungsunfähig, die nachfolgende Zwangsversteigerung (foreclosure) erbringt mehr als die Restschulden, weil die Immobilienpreise gestiegen sind – was ohne Inflation nur sein kann, wenn der Minderung des ›Geldwertes‹ bei den Immobilien eine Steigerung des ›Geldwertes‹ in anderen Bereichen gegenübersteht. Diese Variante entspricht am meisten dem Schneeballmodell. Der Käufer ist nicht bankrott. Das einzige was ihn hindert weiter zu träumen, sind die rapide steigenden Immobilienpreise, welche ihn gerade gerettet haben. Den Traum von Grund und Boden kann er nun mittels Kauf von Fondsanteilen pflegen.

Zweitens, der Zwangsverkauf deckt gerade die Restschulden. Dann hat der zwischenzeitlich stolze Hausbesitzer – der nie wirklich ökonomischer Eigentümer war, dies bestenfalls geträumt hat – sein Pulver verschossen, sein Geld ausgegeben.

Aus Sicht eines Lohnarbeiters wäre dies eine ›rückwirkende‹ Lohnkürzung, eine [Rück]Verwandlung von Lohn – seine investierten ›Ersparnisse‹ zuzüglich Tilgung und Zinsen, soweit nicht ›abgewohnt‹ – in Kapital resp. Revenue der Immobilienkapitalisten [oder, falls und soweit die betreffende Immobilie bei dem Verfahren zugrunde geht, eine entsprechende Kapitalvernichtung]. Von einem Preisverfall könnte sich die Immobilie wieder erholen, was dem früheren zwischenzeitlichen Besitzer jedoch nichts mehr nützt. Falls die Immobilie ungenutzt verrottet, ist der Verlust unwiederbringlich, das darin investierte ›Kapital‹ zusammen mit der Substanz verloren.

5 Oft ist der Zinssatz bei Subprime Mortgages höher als bei konventionellen Hypotheken zum Ausgleich für das größere Ausfallrisiko. Je geringer die Bonität des Schuldners, desto höher der Zinssatz. Schon vor den Subprimes war dieses Prinzip im Drogenhandel bekannt und weit verbreitet.

QUELLE

Warum sich also Sorgen machen, wo die Finanzwelt mit dem ›Schuldtitel-Trick‹ offenbar die Quadratur des Kreises gefunden hat und derselbe Trick auch noch auf der nächsten Ebene funktioniert, bei den RMBS? Die riskantesten Tranchen benötigen allerdings eine Spezialbehandlung, um sie leichter abzustoßen zu können.

Die Eigentümer [Investoren] von RMBS-Titeln emittieren einen neuen Typus handelbarer Wertpapiere, die sogenannten CDO – Collateralised Debt Obligations oder ›gebündelte‹ Schuldtitel. Konzipiert als ›Schuldscheine auf Schuldscheine‹, erlauben diese CDO eine weitere Aufsplitterung des RMBS-Portfolios in unterschiedlich riskante Tranchen. Die beste, ›Investment grade‹ genannte Tranche sichert ihren Inhabern bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner die ersten 20 bis 30 Prozent aus der Konkursmasse der beliebigen Immobilien. Die mittlere Tranche heißt ›Mezzanine‹ und die schlechteste Junk Tranche, auch bekannt als Toxic Waste. Diese Junks trifft bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner der Schock der Pleite mit voller Wucht.⁶

Die beschönigende Bezeichnung für diese untere Tranche lautet ›Equity‹ [Vermögenstitel].

[...] Die Hedgefonds, die neue Mittel zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen aufnehmen können, investieren bewusst in mit hohem Risiko behaftete Wertpapiere. Diese können, so das zugrundeliegende Kalkül, nach Belieben verkauft werden und [bis dahin] entsprechend hohe Gewinne einspielen – solange der Markt nur liquide bleibt. ›Giftmüll‹ wird als Gold gehandelt. Fantastischen Gewinnaussichten kaschieren die objektiven Risiken.

Um die Melkkuh so lange wie möglich am Leben zu erhalten, beschaffen die Immobilienmakler massenhaft neues Futter, also noch mehr Schuldner.

Phase 3: von der strukturellen Verwundbarkeit zu Pleite und Panik

Die Risikostreuung, die durch den Schuldtitel-Trick garantiert scheint, führt zu der Illusion, daß es keine Risiken mehr gibt. Der süße Rausch exorbitanter ›Renditen‹ verleitet die Akteure zu immer waghalsigerem Verhalten. Der Verkäufer von Immobilienkrediten sagt sich: Wenn ich sogar meine lausigsten Kredite abstoßen [profitabel verkaufen] kann, verleihe ich noch mehr. Am anderen Ende der Schuldenkette sagt sich der Betreiber des Hedgefonds: warum, solange der Markt liquide ist, soll ich nicht auch noch die miesesten Schuldverschreibungen (CDO) übernehmen, wo sie doch die profitabelsten sind?

[...]

Letztendlich treibt diese Entwicklung der für niemanden voll überschaubaren [Finanztransaktionen die] Finanzmärkte in eine kritische Zone.

Die strukturelle Fragilität des skizzierten Spekulationsgeflechts erreicht nun einen Punkt, an dem es auf eher belanglose Veränderungen im ökonomischen Umfeld heftig reagiert. Ein Beispiel: Die schrittweise Anhebung der Zinssätze durch die US-amerikanische Zentralbank um jeweils 0,25 Prozent erscheint für sich genommen zunächst harmlos. Andererseits steigen dadurch die Sollzinsen für den Immobilienkredit von Mrs. Brimmages [2005 aufgenommen] von 6,3 Prozent auf 11,25 Prozent, ihre monatlichen Kreditraten von 414 auf 691 Dollar.⁷ Das Ergebnis ist ihre Zahlungsunfähigkeit [Summe der Raten etwa 50 000 \$ US, Eigenkapital?]. Im ersten Quartal 2007 gerieten auf diese Weise 14 Prozent der Subprime-Kreditnehmer in Insolvenz.

babelClub

- 6 Je schlechter der Kredit, desto höher die Zinsen. Internationaler Maßstab sind US-Schatzbriefe (Treasury Bills) und deren Verzinsung. Um diesen sicheren Zinssatz zu übertreffen [to outperform] ›investieren‹ Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Hedgefonds u. ä. Vereinigungen in entsprechend risikoreiche Finanztitel. Die im Glossar notierte Dreiteilung der RMBS resp. CDO ist nur die obere Struktur, unter welcher sich ein ganzes Sammelsurium weiterer Aufsplitterungen befindet.
- 7 Wie es der Zufall will. Laut dem Artikel ›Mortgage Maze May Increase Foreclosures‹ in ›The New York Times‹ vom 6. August 2007 ist in den Fall der Dianne Brimmage, [Gabelstaplerfahrerin in einer Glasfabrik, durch Krankheit seit 2005 arbeitsunfähig] auch die ›Deutsche Bank‹ involviert:
[...] hopes to cut her client's loan and reduce the interest rate. The monthly payments have risen to \$691 from \$414, as the rate has jumped to 11.25 percent from the original 6.3 percent. But the servicer has not agreed. Deutsche Bank, the trustee of the security holding the loan, says it is unable to help because it is neither the servicer nor the lender.
Laut Artikel bewohnt D. B. ihr Haus seit 1998, eine Umschuldung 2003 [combined debts] belief sich auf 65 000 \$ US.

QUELLE

Ein missglücktes Abenteuer verunsichert den ganzen Markt

Die schrittweisen Zinsanhebungen der Zentralbank sind als bescheidene Anpassungsmaßnahme gedacht. Tatsächlich hingegen zeigt sie doppelte Wirkung. Zum einen reduziert sie die Zahl der Immobilienneuverträge, wodurch auch die Immobilienpreise fallen; zum anderen geraten die verschuldeten Hausbesitzer außerstande, ihre [gestiegenen] monatlichen Abzahlungsraten zu bedienen. Der [Zwangs]Verkauf ihrer Immobilien bedeutet in der Regel Verkauf mit Verlust. Die große Zahl gleichzeitiger Zwangsverkäufe [US: foreclosures] führt zu einer Baisse mit weiterem Preisverfall [von Immobilien].

Wie immer bei Finanzkrisen muß ein auf Spezialitäten fixierter ›Investor‹ als erster die Suppe auslöffeln. Dies wirkt als Fanal zur großen Wende.

Im aktuellen Fall haben zwei Zusammenbrüche den Markt aufgeschreckt. Zum einen sah sich die Investmentbank Bear Stearns⁸ gezwungen, zwei ihrer wohl allzu ›dynamischen‹, mit CDO ›gedopten‹ Fonds zu schließen. Zum anderen mußte der Immobilienfinanzierer American Home Mortgage (AHM) einen Antrag auf Gläubigerschutz stellen. [Diese Verfügung schützt die Unternehmen vor allzu ungeduldigen Gläubigern [Zahlungsaufschub für Sozialschulden]. Sie entbindet Arbeitgeber von ihren [vertraglichen] Verpflichtungen⁹ und verschafft ihnen die Möglichkeit zu Lohnkürzungen, ›Lohnvereinbarungen neu zu verhandeln‹.]

Phase 4: überstürzte Revision der Risikobewertung

In dieser Phase kommt es zu einer leichten Panik. Die ›Toxic Wastes‹ beginnen ›faul zu stinken‹ und nähren den Verdacht, daß auch die mit Bestnoten (AA oder gar AAA) bewerteten ›Investment grade‹ Tranchen der CDO frisiert sein könnten.

Wie kann es zu solch gigantischen Fehlbewertungen finanzieller Risiken kommen?

Natürlich hat das zunächst mit der prinzipiellen Schwierigkeit einer objektiven Bewertung von Derivaten zu tun. So haben die Bewertungsagenturen hunderte von CDO- und RMBS-Tranchen zu prüfen und einzuschätzen. Jedoch, diese Agenturen sind nicht mit fleißigen Lohnarbeitern¹⁰ gleichzusetzen. Ihren Hauptumsatz erzielen diese ›unabhängigen Wirtschaftsprüfer‹ mit Geldinstituten [Banken, Versicherungen, Fonds], die ihre zur Bewertung vorgelegten Titel in dem dargestellten Treibhausklima emittiert haben.

Die Agentur Moody's etwa erzielte ihren Jahresumsatz von 2006 zu 40 Prozent mit der Bewertung ›strukturierter Produkte‹.

Bevor jeweils neue ›Papierchens‹ bewertet werden, ist es – für beide Seiten – zweifellos günstig, wenn die zuvor auf den Markt gebrachten Finanzprodukte bereits für ›gesund‹ erklärt worden sind: Wenn man der Finanzwelt so nahesteht und sich dazu noch aus ihren Taschen bedient, kann man schwerlich ›Vorsicht!‹ rufen, wo fett verdient wird. Das Ergebnis ist bekannt.

Vermutlich stehen wir erst am Beginn der Krise. Die künftigen Rückzahlungsausfälle auf dem Hypothekenmarkt laufen geräuschlos im Vorzimmer der sogenannten ›Teasing Rates‹¹¹ auf. Das heißt, daß die Haushalte, die 2005 und 2006 in eine Hypothekenklemme geraten sind, erst 2007 und 2008 zahlungsunfähig werden – mit gravierenden Folgen für die betreffenden Kreditinstitute.

Da die Globalisierung die Finanzmärkte und mit ihnen die finanzielle Einfalt erfaßt, bleiben die Folgen der Krise nicht auf die USA beschränkt. Gewiß hat sich vor allem der US-Hypothekenmarkt ins Delirium gesteigert, aber die daraus ›abgeleiteten‹ Instrumente in Form gebündelter Schuldtitel waren weltweit für alle spekulativen Fonds sehr reizvoll. Selbst die lange als langweilig und altmodisch geltenden, an ihren tristen Privatkundenbanken hängenden Deutschen [Regierung Schröder/Fischer]¹² entschieden sich zur Jahrtausendwende, auf die ›aktiven Märkte‹ zu setzen, mit dem Ergebnis, daß 2007 eine Bank wie die IKB [KfW]¹³ am Rande des Abgrunds taumelt, weil sie viel zu stark [gierig] in Subprimes spekuliert hat.

babelClub

- 8 Über die weitere Entwicklung von Bear Stearns oder wie man eine Pleite vergolden kann siehe [Briefe aus dem babelClub](#) [2009], Zeit.diSein.
- 9 Das ist die Sonderstellung der [Ware] Arbeitskraft. Im Falle einer drohenden Pleite des Vertragspartners ›personifiziertes Kapital‹ [Arbeitgeber, Unternehmer, Kapitalist] verliert der [Lohn]Arbeiter [die ›kapitalisierte Person‹] seine vertraglichen Rechte. Wie anders umgekehrt zeigt [Anmerkung 7](#).
- 10 Nicht einmal mit [dt.] Offizieren: Hart wie Krupp-Stahl, zäh wie Leder, treu wie Gold und dumm wie Bohnenstroh; jedenfalls nicht in allen Punkten.
- 11 Es handelt sich dabei um – für deren Händler – attraktive Umschuldungspakete, wobei die Makler ihre Kunden nach der Regel – 2 + 28‹ ködern: zwei Jahre zu einem reduzierten Zinssatz, danach 28 Jahre zum vollen Satz, der richtig schmerzt [[vgl. auch Anm.7](#)].
- 12 Zu Fischers Werdegang siehe auch ›[Der Ursprung der Grünen](#)‹, Zeit.diSein.
- 13 Da es sich bei der KfW quasi um eine Staatsbank handelt, darf man bei den damaligen Gallionsfiguren der Regierung (bis 2004), die durch entsprechende Gesetzesanpassung ein ›sorgloses‹ Klima gefördert haben, und deren Nachfolgern mutmaßen, was man will, aber ungefährdet nicht öffentlich äußern kann.

QUELLE

Phase 5: die Ausbreitung der Verdachtsmomente

Mit den ersten Anzeichen der Krise beschleunigen und durchkreuzen sich auf dem globalen Finanzmarkt Aktionen und Reaktionen. Das empfindliche Gleichgewicht [Trugwerk] der Derivate hält nur, solange es von niemandem auf die Probe gestellt wird, alle so tun, als würden sie an die immerwährende Liquidität des Derivatemarkts glauben: mit anderen Worten, solange genug neue Käufer [Einfaltspinsel] auf's Parkett gelockt werden können. Sobald indes einer der beteiligten Akteure unter Druck gerät und sich durch Verkauf seiner CDO Luft [Liquidität, Geld] zu verschaffen versucht, entsteht eine latente Angst. Alle Käufer suchen das Weite. Hat sich ›die Liquidität‹ erst einmal verflüchtigt, gibt es praktisch keine formal marktfähigen Aktiva mehr.

Das liest sich dann so: ›Das Verschwinden der Schuldverbriefungen in einigen Marktsegmenten der Vereinigten Staaten legt die Preisbildungsmechanismen lahm und führt zu einem quasi totalen Wertverfall der Fondsaktiva, unabhängig von deren Qualität oder Rating.‹ Mitteilung der französischen Bankgruppe BNP Paribas zur Einstellung der Rückzahlungen bei drei ihrer natürlich ›urdynamischen‹ Fonds am 9. August 2007.

Dies ist nicht wirklich komisch, auch wenn es so klingt: noch eine Woche zuvor hatte freilich BNP-Chef Baudoin Prot eine gesicherte Liquidität der drei Fonds bestätigt.

Der ›Verdacht‹ hält also nicht auf halbem Weg. Er erfaßt nicht nur alle Risikoklassen im Bereich der RMBS und Derivate, sondern greift auch auf Marktsegmente über, die damit eigentlich nichts zu tun haben – sieht man von der Teilnahme an dieser Kreditorgie einmal ab.

Insbesondere gilt dies für den Sektor Private Equity, dem neuerdings prominentesten Sektor der Finanzinvestitionen. Diese Fonds verfolgen die Strategie, als lukrativ eingeschätzte Unternehmen vollständig aufzukaufen, sie von der Börse zu nehmen, einer brutalen Umstrukturierung zu unterziehen und nach wenigen Jahren mit hohem Profit wieder abzustoßen.¹⁴ Diese Fonds verfügen über wenig Eigenkapital. Bei einem Firmenkauf verschulden sie sich massiv und bestreiten Zinsen und Tilgung aus dem übernommenen Unternehmen. Die mittels dieser Strategie erzielten Gewinne schossen so exorbitant in die Höhe, daß die Banken sich um die Finanzierung solcher Transaktionen buchstäblich schlugen. In euphorischer Erwartung permanent extremer Gewinne boten die Banken den neuen Private-Equity-Fonds skandalös ›bequeme‹ Kreditbedingungen: [um die kräftigsten Ochsen zu schlachten entgegen der alten Weisheit, sie besser das Korn dreschen zu lassen].

Da gibt es zum Beispiel eine Finanzierungstechnik, die man ›Covenant Lite‹¹⁵ nennt: Hier fehlen alle Klauseln, die normalerweise die finanziellen Risiken abdecken: ›Macht was ihr wollt, wir sind dabei.‹ Ein Knüller sind auch die Kredite mit der Bezeichnung PIK [Payment in Kind] oder auch IOU [I Owe You]. Hier werden die Zinsen und die Schuldensumme nicht in bar getilgt, sondern in Form von neuen, zusätzlichen Krediten. Die auf diese Weise in Private-Equity-Fonds geleiteten, tatsächlich aber ausstehenden Kreditzahlungen besitzen ein immenses Volumen.

Allerdings sind Transaktionen dieser Art im Moment des ›Abstoßens‹ außerordentlich anfällig, beim Wiederverkauf notorisch illiquider Aktiva, und zwar nicht in Form einzelner Aktienpakete, sondern ganzer Unternehmen.¹⁶ Wenn ein solches Manöver erstmals mißlingt, weil der [Wieder]Verkauf unmöglich oder nur verzögert oder mit Verlust möglich ist – wird der gesamte Private-Equity-Sektor eine böse Überraschung erleben. Die derzeit bereits eingeleiteten Fondsübernahmen sind nur noch mit Mühe abzuschließen. Banken, die lange Jahre prinzipienlose Komplizen waren, halten sich plötzlich stark zurück. Darin zeigt sich ein für Finanzkrisen typischer ›Amalgameffekt‹. Nachdem in einem Sektor erstmals Risiken bekannt werden, denken die Akteure auch in anderen Sektoren über Folgewirkungen nach.

babbelClub

- 14 Zu dieser Besonderheit des ›Geschäftsfeldes‹ siehe ›Verteilte Vermögen‹, vgl. [edition babbelClub Aktuell 3, S.10, Anm.1](#)
- 15 ›Covenant Lite‹: [Lending Without Breakes](#), in: The New York Times, 12. Juni 2007
- 16 Zum Verlauf solcher Finanzoperationen im Unterschied zum ›normalen‹ Geschäft siehe Anmerkung 14

QUELLE

So wie 1994 die mexikanische Verschuldungskrise pauschal die ›Schwellenmärkte‹ in Verruf brachte und Zweifel über das ziemlich entfernt liegende Thailand aufkommen ließ, so hat die heutige Immobilienkrise Rückwirkungen auf die Bewertung von Private Equity. Das eine hat mit dem anderen unmittelbar nichts zu tun – bis auf den Umstand, daß es in beiden Bereichen mehr oder weniger vergleichbare Exzesse gegeben hat [oder gibt].

Phase 6: der Bankenschock

Wenngleich es die Banken insgesamt geschafft haben, ihre Immobilienkreditportfolios mittels der ›Schuldtitel-Strategie‹ abzustoßen, erleiden sie derzeit Rückschläge an vielen Fronten. Zunächst haben sie eine Auffüllung der von ihnen verwalteten Fonds mit Derivaten zugelassen. Damit ist das vor die Tür gesetzte Hypothekenrisiko durch die Hintertür wieder hereingekommen, inklusive der Gefahr ›wechselseitiger Ansteckung‹, die insbesondere vom privaten Beteiligungskapital (Private Equity) ausgeht, dessen Krise die Banken unmittelbar betrifft.

Am Ende wird ›Vater‹ Staat als Geisel genommen

In solch einer Lage kennt die Bankenaufsicht keinen Spaß: Die Institute sind gehalten, bei der Dokumentation ihrer Zahlen, das ist ihrer Solvenz, die Angaben über ihr Eigenkapital strikt von denen über ihre anderen Engagements zu unterscheiden. Wenn negative Wertkorrekturen [außerordentliche Abschreibungen], auch latente, ans Licht kommen – und dies könnte in beträchtlicher Höhe geschehen, nachdem die Rating-Agenturen inzwischen aufgewacht sind und ihre [bisherigen] Bewertungen nach unten korrigieren – sind die Banken zu entsprechenden Rückstellungen verpflichtet. Zur Verteidigung ihrer eigenen Bonitätsrate müssen sie folglich die bewilligten Kreditsummen in Relation zum Eigenkapital – abzüglich Rückstellungen – verringern.

Letztendlich sind es dann die von der spekulativen Gier besonders weit entfernten ›realen‹ Akteure, denen die Kredithähne zugedreht werden, weil die Banken, um ihre Bilanzen aufzupolieren, nun in allen Bereichen weniger Geld ausleihen. Das trifft besonders wirkungsvoll und schmerzlich die Unternehmen der Realwirtschaft¹⁷ und ihre Beschäftigten, die [gewöhnheitsmäßig] kaum begreifen, womit sie das verdient haben.

Phase 7: Hilferuf an die Zentralbanken

Nachdem unsere Finanzhelden sich auf dem Höhepunkt des Booms zur Speerspitze des Fortschritts ernannt und entsprechend arrogant aufgeführt haben, sehen sie in der Krise ziemlich alt aus. Jetzt werfen sie sich weinend an die Brust¹⁸ von ›Vater Staat‹, die sie eben noch bekotzt haben. Nun soll die Zentralbank sie vor der Pleite bewahren, indem sie die Leitzinsen senkt und für neue Liquidität in den Märkten sorgt.

Die Szene ist surreal und real zugleich: Jim Cramer, der beim Börsenkanal CNBC untermalt von Hardrock und mit Buzzer und Börseneinblendungen – in Hemdsärmeln eine populäre Sendung mit Finanztips betreibt, ist dem Nervenzusammenbruch nahe und brüllt auf US-Notenbankchef Ben Bernanke ein: ›Cut! Cut!‹ Als Bernanke den Eindruck erweckt, er habe es mit der Senkung der Leitzinsen nicht allzu eilig, schleudert Cramer ihm die schlimmste aller Beleidigungen entgegen: Er habe nichts kapiert, er sei ja nur ein Akademiker.¹⁹ Auch die anderen befragten Experten, die besser gekleideten und nicht so vulgär herumschreienden Fondsverwalter, sind mit Cramers Urteil absolut einverstanden. Und wie sie jetzt Alan Greenspan nachweinen, der stets ohne jedes Zögern die Zinsen gekappt hat. ›Der war noch echter Praktiker, unbelastet von überflüssigen Studien, der mußte nur den Hintern der Bestie befühlen und wußte sofort, wann die Geldpolitik Gas geben mußte!‹

babelClub

17 Wie Anmerkung 14. Diese Unterscheidung von ›real‹ und ›finanz‹ ist für die dargestellten Abläufe praktisch, aber nicht ganz zutreffend. ›Gier‹ nach Profit, Mehrwert ist das treibende Motiv des gesamten Systems, nicht des Finanzsektors allein. Welche Maßnahmen angewandt werden, ist in aller Regel keine Frage der moralischen Integrität der ›Geschäftemacher‹ (Unternehmer, Kapitalisten, Manager und dgl.), sondern hängt im wesentlichen von der Konkurrenz untereinander und der Verfassung der Arbeiter[klasse] ab. Nota: Mehrwert wird im ›Finanz‹-Sektor nicht erzeugt, obwohl Mehrarbeit abgepreßt und ›Profit gemacht‹ wird. Zur Veranschaulichung: Ein Dieb macht Beute, das Beutegut ist aber nicht sein Werk.

Die in diese ›Kreditorgie‹ mit hineingezogenen ›armen Arbeiter‹ sind selbstredend übel dran [siehe Anm. 7], aber relativ. Es kommt nicht von ungefähr, daß die gegenwärtige Krise in den USA ihren Ursprung hat und daneben vor allem Westeuropa, Japan und indirekt auch die VR China trifft. Schwarzafrika bspw. aber erreicht sie dagegen nur auf langen Umwegen und wird dort kaum als großes neues Elend spürbar. Die Armen dort wissen wenig vom Unterschied zwischen guten ›Realos‹, und bösen ›Spekulatios‹. Ein ›richtiger Neger‹ erhält eben weder ›Convenant Lite‹, noch ›I owe you‹, noch irgendein ›Payment in kind‹.

Für eine Chance aus dem Elend müßte der ›Neger‹ rot werden, was selbst dem besser genährten und dennoch bläßlichen Typus [Unterschichten bis Lohnarbeiter] in den USA, in Westeuropa und sogar den Schwellenasiaten wieder gut anstünde. Zur Erinnerung: ›Es ist der Mensch nicht frei, solange noch einer Knecht ist‹ [F. Schiller]; und so lange werden sich solche Krisen wiederholen.

Die ›Finanzkrise‹ ist eine besondere Gestalt der ›Knechtschaft‹ in unserer Zeit, anders ausgedrückt, des Widerspruchs von privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion. Sie ist aber nicht das eigentliche, das ursächliche Übel.

18 Gemeint ist der öffentliche Geldbeutel.

19 Ben Bernanke war Professor für Wirtschaftswissenschaften.

QUELLE

Weniger Uneinsichtige gestehen mittlerweile allerdings ein, daß Greenspans langjährige laxe Geldpolitik zu den Exzessen der Finanzjongleure beigetragen hat. Ben Bernanke scheint derzeit [noch] davon auszugehen, daß die tollkühnsten Makler die Folgen ihres Leichtsinns [Gier] selbst zu tragen haben, und verordnet eher dosierte Liquiditätshilfen. Man sollte sich davon nicht täuschen lassen.

[Denn] dieser Standpunkt des Zentralbankchefs ist nur haltbar, solange die Ausfälle begrenzt bleiben. Sollten sie zunehmen und eine ›Systemkrise‹ heraufbeschwören oder einen Dominoeffekt auslösen, der zu einem allgemeinen Crash der Finanzmärkte führen könnte, dann wird eine massive Intervention des Staates unvermeidlich.

Dies ist übrigens bei allen üblen Machenschaften der Finanzwelt der weitaus unerträglichste Aspekt. Durch die Strukturen²⁰ des herrschenden Systems ermutigt, überschreiten die maßgeblichen Akteure immer wieder die Schwelle zur Krise. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Aufsichtsbehörden nicht mehr länger wegsehen können. Der Staat als ›letzter Gläubiger‹ ist gezwungen, für die Hasardeure das Eisen, sprich den verlorenen Einsatz, aus dem Feuer zu holen. Die perfekte Geiselnahme.²¹

babelClub

20 Das betrifft nur die Form der Krisen, nicht deren Substanz, für diese ist das System selbst der wirkliche Grund. Der moralische Standpunkt vom Auslöffeln klingt gut, rettet aber weder Ms. D. Brimmage, noch ändert er etwas am Prinzip.

Die maßgeblichen Akteure bedürfen keiner Ermutigung durch die Strukturen des herrschenden Systems. Sie selbst sind diese ›Struktur‹. Das herrschende System ist das System ihrer Herrschaft.

21 Der [bürgerliche] Staat, [der ideelle Gesamt›bürger‹, dieses ›Für sich sein‹ der bürgerlichen Klasse, die im Gegensatz zur Arbeiterklasse nicht zur Partei kommt, sondern fraktioniert, beschränkt konkret wird, bestenfalls im Parlament] dient dem Zweck, ›das System‹ [die Herrschaft der bürgerlichen Klasse ›jenseits der Konkurrenz‹] zu sichern, unabhängig davon, welches akut gerade die scheinbar oder wirklich dringlichste sonstige Störung ist. Die gelegentlich größeren oder meist kleineren Streitereien der – männlichen wie weiblichen – Herren untereinander sind nachrangig.

Über die Auswirkungen auf die Arbeiter oder jede andere Form der ›Abhängigen‹ kann pars pro toto nur gesagt werden: ›Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt‹, und wer mitmacht mit seinem Kleingeld, um so mehr.

QUELLE

DIE GUTEN KAPITALISTEN

Pensionsfonds nehmen Einfluß auf Konzerne und Politik
von Nicola Liebert

Kommentiertes Exzerpt [Spätsommer 2007]

Im Grunde ist der Sozialismus Realität – zumindest in den USA. Die Unternehmen befinden sich zu einem beträchtlichen Teil im Besitz der Arbeitnehmer, wenn auch nicht direkt.¹ Denn sehr viele US-Amerikaner zahlen in Pensionsfonds ein, die vom Staat, von ihren Arbeitgebern oder von Gewerkschaften² betrieben werden. Und diese Fonds wiederum legen das Geld in Aktien an. Schon 1976 beschrieb der Ökonom und Managementpapst Peter Drucker diese Entwicklung als eine unsichtbare Revolution.³

babelClub

1 Das ist nicht nur ›im Grunde‹, sondern überhaupt ›falsch‹, ›bürgerliche‹ Ideologie [›Begriffsverwirrung‹, ›Vernebelung‹].

›Sozialismus‹ ist ›Klassenherrschaft‹ der [Lohn]Arbeiter. Die bestehende, bürgerliche [Klassen]Herrschaft existiert in unterschiedlichen Ausprägungen – von der parlamentarischen Demokratie bis zum Faschismus. Ökonomische Basis dieser auch als ›Diktatur der Bourgeoisie‹ bezeichneten bürgerlichen Herrschaft ist die Ausbeutung der Arbeiter [Verhältnis Lohnarbeit – Kapital]. Ergänzt wird diese hochentwickelte Ausbeutung von zuerst kolonialer, später imperialistischer Ausplünderung, teils – als küstennah-verkehrsgünstig oder bei den Rohstoffquellen angesiedelte ›Sonderwirtschaftszonen‹ – modern-effizient organisiert, teils frühkapitalistisch-halbfeudal unter tätiger Beihilfe politisch korrupter lokaler Kräfte [›Kompradoren‹].

Die sozialistische Gesellschaft kennt jenseits ihrer Vorgeschichte weder ›Wert‹ noch ›Kapital‹, also auch keinen ›Arbeitslohn‹, keinen ›Mehrwert‹ und keinen ›Profit‹ (›Kapitalrendite‹) [zu den Schwierigkeiten beim Verständnis ›der Form‹ siehe Karl Marx, Das Kapital Bd.1 (MEW 23), S.85ff.]: Sozialismus ist der Übergang in eine klassenlose Gesellschaft.

Sozialismus ist wesentlich keine Frage der Menge (Quantität, Preis der Ware Arbeitskraft). Die Darstellung: ›viel Lohn ist sozialistisch, wenig Lohn ist kapitalistisch‹ ist eine Phrase bourgeoiser Propaganda [vgl. dazu u. a. [Karl Marx, Einleitung; edition babelClub 1](#), S.10 passim; [Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, edition babelClub 4, Erster Abschnitt](#), S.23, Anm. 1. Formenunterschiede; S.70, Abs.3; [edition babelClub Aktuell 2, S. 11, Anm.21](#)].

Der Ausdruck ›indirekter Besitz‹ ist so sinnvoll wie warmer Besitz. [Zu ›Lohn‹ und ›Fond‹ vgl. [edition babelClub Aktuell 1, S. 8, Anm.26](#)] und [edition babelClub Aktuell 3, S. 11, Anm.2](#)].

[G = Geld; W = Ware; Ak = Arbeitskraft; Pm = Produktionsmittel; c = konstantes Kapital; v = variables Kapital; ...P... = Produktionsprozeß, — = aus ... wird; AR = ausbezahlte Arbeitsrente; R_b = einbezahlter ›Rentenbeitrag‹]

Zu den Lohn-Aktien: $G—W \{c [Pm] + v [Ak]\} \dots P \dots W+W—G+G$; dies ist die Normalform des kapitalistischen Produktionsprozesses [1. Zyklus], wobei ›Ak‹ der auf diesen Zyklus entfallende Lohn [n-te Fraktion] des gesamten Lebenslohns [n Zyklen] des Arbeiters ist, also auch das, was derzeit unter dem Ausdruck [Arbeits]rente kursiert. Rente ist irreführend und suggeriert ›arbeitsloses Einkommen‹, obwohl es in der gleichen ideologischen Ecke als ›Ersparnis vom Lohn‹ gilt [Rentenbeiträge]. Die Position Ak wird also aufgelöst in $n \cdot Ak = \{ \text{Nettolohn} + (AR - R_b) \}$ der Lebenszeit. Steht infolge der ›Arbeits- oder Lohnkämpfe‹ oder anderer Umständen der Lohn über dem ›tierischen Minimum‹, finden neue Strategien und Taktiken Eingang in die mittels der Lohnarbeit betriebene Ausbeutung. Dazu zählen – ideologisch – bspw. die Aufspaltung des Arbeitslohns [Lebenszeit] in ›[Arbeits]Lohn‹ und ›[Arbeits]Rente‹, ökonomisch u. a. eine ›willkürliche‹ Rentenbemessung und [progressive Nominal] Besteuerung des Arbeitslohns, die sich vor allem auf längere Sicht als wirkungsvolle Bremse in den Lohnkämpfen beweisen. Im Falle der Lohnzahlung in Aktien[Kapital] einschließlich der ›Lenkung‹ über Steuern verhält es sich ähnlich. Ein Teil des Lohnes wird nicht mehr Konsumtionsmittel, sondern bleibt Kapital, jedoch mit stark eingeschränkter Verfügungsgewalt für diese neue Sorte ›Eigner‹. Als ›Arbeitslohn‹ zählt nur die an den Arbeiter wirklich ausbezahlte ›Dividende‹ in teils wiederum mehrfach umgewandelte Gestalt [Pensionsfonds und dgl.]. Diese Verschleierung nach dem Muster russischer Puppen [Matroschka] behindert das Herausbilden eines Klassenbewußtseins und damit die Bildung der [Arbeiter]Klasse ›für sich‹ – ergänzend zu den verschiedenen juristischen Repressionen.

2 Die unmittelbare Verfügung und erste Entscheidung liegt daher nicht bei den Lohnarbeitern.

3 ›unsichtbare Revolution‹, Worthülse zur ›Begriffsverwirrung‹, also schon irgendwie ›päpstlich‹.

QUELLE

Begonnen hat die Eroberung der Finanzwelt durch die Pensionsfonds 1950. Damals richtete der Autogigant General Motors einen Pensionsfonds für seine Mitarbeiter ein, der anders als die bisherigen Fonds in Aktien [...] investierte. Die Anlage in Aktien ist riskanter, aber langfristig meist lukrativer als die in festverzinsliche Anleihen. Das Modell machte [...] schnell Schule. Heute kontrollieren Pensionsfonds 60 Prozent der Anteile an den tausend größten Unternehmen der USA.⁴ Fast jeder zweite US-Amerikaner besitzt somit indirekt Anteile an den Firmen und ist damit Arbeiter und Kapitalist zugleich.⁵

Das ist natürlich eine sehr milde Form des Sozialismus.⁶ Lange haben die betroffenen Unternehmen kaum bemerkt, daß sie sich mehrheitlich in Volkseigentum befinden. [...] Die Banken kontrollieren das Management immer weniger, je stärker die Wirtschaft entflochten wird. Deshalb haben die Pensionsfonds die Kontrolle [...] selbst in die Hand genommen. Zunächst beschränkte sich ihr Interesse [...] darauf, möglichst viel für die Aktionäre herauszuholen, zu denen sie [selbst] – respektive ihre Rentenversicherten – schließlich gehören.

Forderung nach einem Fünfjahresplan

Mitte der 1980er Jahre gründeten die Pensionsfonds eine gemeinsame Lobby, das Council of Institutional Investors (IIC), hinter dem inzwischen die geballte Macht von 130 Pensionsfonds steht, [drei Billionen Dollar]. [...] So setzte das IIC zum Beispiel einen Katalog von Rechten durch, die den Aktionären auf Hauptversammlungen zustehen. Damit sollten die Manager gehindert werden, gegen die Interessen der Anteilseigner zu handeln etwa indem sie einfach neue Aktien ausgeben, wodurch sich der Anteil der bisherigen Aktionäre prozentual verringert und der Wert jeder einzelne Aktie sinkt.

Vor kurzem ging das IIC weiter und verlangte – gemeinsam mit Gewerkschaften und einem Unternehmerverband – den Verzicht auf Quartalsbilanzen Denn die verleiten dazu, Managementenerfolge allein am Erreichen extrem kurzfristiger Finanzziele zu messen, was dazu führt, daß die längerfristige Stabilität des Unternehmens vernachlässigt wird. Stattdessen würden die Fonds gern etwas sehen, was man ansonsten eher aus sozialistischen Systemen kennt: einen Fünfjahresplan.

Seit langem prangern die Fonds auch überhöhte Vorstandsbezüge und exorbitante Abfindungen für ausscheidende Vorstandsmitglieder an. Ein jüngerer Fall: Robert Nardelli, Chef der Baumarktkette Home Depot, ließ sich satte 210 Millionen Dollar bewilligen,⁷ obwohl während seiner Amtszeit Aktienkurs und Marktanteil des Unternehmens zurückgegangen waren. Anfang 2007 forderten zahlreiche große Fonds die US-Aufsichtsbehörden und Börsen auf, Empfehlungen der Aktionäre für die Vorstandsvergütung zuzulassen.

babbelClub

- 4 Leider fehlen hier verwertbare Zahlenangaben. Was heißt ›kontrollieren‹? Etwa 60% des Aktienkapitals befinden sich im Besitz oder Eigentum von ... ? Wieviel ist das im Verhältnis zur gesamten US-amerikanischen ›Wirtschaft‹? Besteht die ›Finanzwelt‹ in der Kontrolle von Aktien? Inwiefern kontrolliert [bestimmt] der 60%-Aktionär bspw. die Produktion von Kraftfahrzeugen in ›seiner‹ Fabrik?
- 5 ›Arbeiter und Kapitalist zugleich‹. Es gibt in der bürgerlichen Gesellschaft drei Formen der Anwendung von Arbeitskraft an Produktionsmitteln mit entsprechenden Akteuren. Erstens, den Bourgeois in der Funktion Kapitalist: Anwender fremder Arbeitskraft an eigenen Produktionsmitteln. Das Gegenstück dazu ist der Lohnarbeiter: Anwendung eigener Arbeitskraft an fremden Produktionsmitteln. Das spezifische Klassenverhältnis besteht darin, daß der Kapitalist bestimmt [aktiv], der Arbeiter bestimmt wird [passiv], und zwar nicht nur zu dieser oder jener besonderen Tätigkeit, die dem ideologisch eingekullten einzelnen Arbeiter infolge sehr fortgeschrittener Arbeitsteilung (Spezialisierung) die Einbildung einer freien Wahl [aktiv] seiner Tätigkeit vermittelt, sondern die Bestimmung besteht wesentlich in [einem Zwang zur] Mehrarbeit → Mehrwert → Profit [→ Dividende]. Die dritte Form ist die des ›Kleinbürgers‹ oder die Anwendung eigener Arbeitskraft an eigenen Arbeitsmitteln. Diese Form tritt auch vor der bürgerlichen Epoche auf.
Eine Betriebsrente – als solche sind die Pensionsfonds aus Sicht des Arbeiters aufzufassen, unabhängig davon, wie sie bestückt werden und was ›sie‹ damit anstellen – macht aus den Begünstigten keine Kapitalisten.
- 6 ›Diese natürlich sehr milde Form des Sozialismus‹ ist eher eine sehr unnatürliche Form von Demenz: mehrheitlich in ›Volkseigentum‹ → das Volk als Pensionsfond [ohne Zahl/Proportion von Betroffenen/Pensionisten und Einwohnern]; da ›die Wirtschaft entflochten‹ wird (?) → kontrollieren die Banken das Management (?) immer weniger → übernehmen die Pensionsfonds die Kontrolle selbst → beschränkt auf möglichst große Raushole → für die Aktionäre (Versicherten). Nach dieser etwas wirr aufgezogenen Argumentationskette haben wir und über die Vereinten Staaten von Nordamerika hinaus noch viel mehr ›Sozialismus‹ in der Welt; denn viele irgendwie Versicherte sind vermittelte Aktionäre. Viele Versicherungen ›kontrollieren‹ viele Aktien- und sogar noch ganz andere Gesellschaften, ›ganze Banken‹ gar. Das Strickmuster ist altbekannt und nur durch den Siegeszug von Hollywood aus unserem Gedächtnis gewaschen: Einmal ist keinmal. Zweimal ist einmal mehr als keinmal → daher auch keinmal. Dreimal ... usf. [Gebrüder Grimm].
- 7 von wem?

QUELLE

Lange Zeit begnügten sich die Pensionsfonds damit, ihre Interessen direkt gegenüber dem Management einzelner Firmen durchzusetzen. Doch inzwischen gehen sie einen entscheidenden Schritt weiter – nämlich in die Politik. Dahinter steckt ein einfaches Kalkül: ihre Investitionen dürften sich besser amortisieren, wenn nicht nur die Unternehmensführung erfolgreich arbeitet, sondern auch das wirtschafts- und sozialpolitische Umfeld stimmt.

Im Präsidentschaftswahlkampf von 2004 forderten zum Beispiel New Yorker Pensionsfonds von der Sinclair Broadcast Group, die zahlreiche lokale Fernsehsender betreibt, auf die Ausstrahlung eines äußerst umstrittenen Films zu verzichten [...]. Der Fonds verwies auf die angedrohten Gegenstellungen und zu erwartenden Schadenersatzforderungen der demokratischen Partei, die den Aktienkurs des Medienunternehmens nach unten ziehen könnten. Sinclair zog den Film zurück, was allerdings nicht allein am Protest der Pensionsfonds lag.

Als nächstes [...] Thema Wahlkampfspenden. 2006 forderte eine Gruppe von Pensionsfonds sechs US-Konzerne auf, alle Spenden an Politiker und Parteien offenzulegen. Die Fonds halten Aktien im Gesamtwert von einer Milliarde Dollar an den sechs Unternehmen, zu denen die Warenhauskette Wal-Mart und der Ölkonzern Chevron gehören.

Ob die Konzerne den Forderungen nachkommen, läßt sich schwer belegen, denn solche Absprachen werden meist hinter den Kulissen getroffen. Heute läßt sich auf der Chevron-Website nachlesen, was der Konzern im Jahre 2006 ausgegeben hat: zum Beispiel rund 38 Millionen Dollar für eine Kampagne gegen Steuern auf Ölförderung, 2 Millionen für weniger strenge Gesetze zur Produkthaftung und viele kleine Beträge für einzelne Politiker.

In jüngster Zeit machten Pensionsfonds von sich reden, weil sie sich – jenseits von Fragen der sogenannten Corporate Governance – direkt in die Umweltpolitik einmischen. [...]. Ihre Begründung lautete, der Klimawandel sei ein Risiko für die Unternehmensentwicklung, dem man rechtzeitig begegnen müsse.

Die Politiker haben die Macht der Pensionsfonds durchaus erkannt – und möchten sich diese zunutze machen. [...] In Florida wurde vor kurzem ein Gesetz beschlossen, das den staatlichen Pensionsfonds untersagt, Gelder in Energiekonzerne zu stecken, die mit dem Iran oder dem Sudan Geschäfte [tätigen]. Auf diese Weise gewinnen Politiker in Florida direkten Einfluß auch auf nichtamerikanische Firmen wie Royal Dutch Shell oder Total. Innerhalb eines Jahres müssen die Pensionsfonds aus Florida nun ihre Anteile an [den genannten] und anderen betroffenen Firmen verkaufen. Dabei geht es immerhin um Aktien im Wert von einer Milliarde Dollar.⁸

babbelClub

8 ›Die milde Form des Sozialismus‹ [die Welt der guten Kapitalisten] besteht in ›neuen Rechten‹ für die Aktionäre auf den Hauptversammlungen; das Einspruchsrecht bei Aktienemissionen, bei denen der Wert der bisherigen Aktien einzeln sinkt (!); die Forderung auf Verzicht von Quartalsberichten [Zwischenbilanzen]; Liebäugeln mit einem Fünfjahresplan; Ablehnung ›überhöhter‹ [keine Größenangabe] Vorstandsbezüge; Ablehnung ›exorbitanter‹ [keine Größenangabe] Abfindungen; Zulassung von Empfehlungen der Aktionäre für die Gehälter ›ihrer‹ Vorstände; ›Verbesserung‹ des wirtschafts- und sozialpolitischen Umfelds der Unternehmen zur ›besseren‹ Amortisation von Investitionen [Kapitalrendite, Profit]; Prozeßvermeidung durch Einschränkung der Meinungsvielfalt, damit die Aktienkurse von Medienunternehmen nicht fallen; Offenlegung von Wahlkampfspenden; Absprachen hinter den Kulissen; Beseitigung des Unternehmensrisikos ›Klimaentwicklung‹, Verbot der Investition in Energiekonzerne, die mit dem Iran Geschäfte machen.

Was oder wer aber sind ›die Politiker‹, die sich nun ›die Macht der Pensionsfond zunutze machen‹ und ihnen Gesetze diktieren, um Einfluß außerhalb der Vereinigten Staaten zu gewinnen? Handelt es sich bei ihnen um diejenigen heimlichen Sozialisten, die bei dem sonstigen Einfluß der USA in der Welt nicht vertreten sind?

Außerdem ist nun der Unterschied von ›direktem‹ und indirektem Einfluß klargestellt: die Politiker sind eben clever, die Pensionisten sind es indirekt. Deshalb ist ›der Sozialismus‹ im Grunde‹ Realität, nicht in Wirklichkeit.

Die Welt darf nun so beruhigt sogar den Kommunismus erwarten.

QUELLE

In Deutschland spielen die Pensionsfonds noch eine höchst bescheidene Rolle.⁹ Noch verlassen sich hier die meisten Menschen auf die staatliche Rentenversicherung, die gar kein Geld investiert, sondern die von den Arbeitnehmern eingezahlten Beträge im Umlageverfahren gleich wieder an die heutige Rentnergeneration auszahlt. Die beliebteste Zusatzaltersversorgung, die Lebensversicherung, darf nur 35 Prozent ihrer Mittel in Aktien anlegen. Erst die Rentenreform 2003 erlaubte die Schaffung von Pensionsfonds,¹⁰ die in ihren Anlageentscheidungen [ziemlich] ungebunden sind.

Deshalb sind es in Deutschland eher die Investmentfonds, die sich einmischen. Da einzelne Fonds ihr Kapital breit gestreut haben und deshalb an einzelnen Unternehmen meist nur geringe Anteile halten, agieren sie immer häufiger gemeinsam – etwa um eine verantwortungsvollere Unternehmensführung anzumahnen. Als machtvoller Block traten sie beispielsweise im Mai 2007 bei der Hauptversammlung des Pharmakonzerns GlaxoSmithKline auf, wo sie das allzu großzügige Vergütungspaket für den Vorstandschef ablehnten. „Ein solches Votum ist zwar nicht bindend, aber ein Konzern, der sich über den ausdrücklichen Willen großer Anteilseigner hinwegsetzt, wäre sehr schlecht beraten.“¹¹

Auch in Deutschland weckt daher der wachsende Einfluß institutioneller Investoren hohe Erwartungen, und zwar vor allem an Pensionsfonds und weniger an Investmentfonds. Denn wie sich aus empirischen Untersuchungen ergibt, sind es vor allem die Pensionsfonds, die eher langfristig denken und Nachhaltigkeit fördern, da sie ja künftige Rentnergenerationen zu versorgen haben. Normale Investmentfonds sind dagegen eher am guten Management der Firmen und an einer soliden Rendite¹² interessiert. Sie füllen also vor allem die Lücke aus, die entstanden ist, seit sich die Großbanken von vielen ihrer Firmenbeteiligungen getrennt haben.¹³

babbelClub

- 9 wie der Sozialismus überhaupt
- 10 Unter dem sanften Sozialisten G. Schröder, der – zusammen mit J. Fischer, Die Grünen – auch das Sozialgesetzbuch geändert und die ›Heuschrecken‹ [Hedge Fonds] eingeführt hat.
- 11 Unter Anm.8 nicht erwähnt, da es sich um einen Vorfall [Empfehlung] außerhalb der USA handelt. Dennoch, auch hier sind die Zeichen ganz auf Sozialismus gestellt, obwohl die Muttergesellschaft ihren Sitz in London, UK [Großbritannien] hat. Über die Folgen der Hinwegsetzung beim ›Aufbau des sanften Sozialismus‹ ist leider nichts ausgesagt. Wer bspw. von den unglaublichen 50 Prozent der Bevölkerung, die in den USA die Fonds ›sozialistisch imaginieren‹, würde nicht gerne schlecht beraten sein zum [Ergänzungs]Preis von über 200 Mio Dollar US, mehr als sonst in einem Arbeiterleben selbst unter guten, nichtsozialistischen Bedingungen zu holen ist? Oder wieviel wiegt dieses Risiko aus der Sicht eines [Negerpiraten am Horn von Afrika](#)?
- 12 Was oder wieviel ist eine ›solide‹ Rendite [Kapitalrendite]? Diese ›Rendite‹ ist ein anderes Wort für Zins. Nach der Darstellung

$$G - W \{c + v [Pm + Ak]\} \dots P \dots W + W - G + G$$
$$[m_p = +^W]; [m = +^G > \{p + r + z + t\}]; [+^G - \{Pivatkonsum Kapitalist + r + z + t\} = +^C]$$

[G = Geld; W = Ware; Ak = Arbeitskraft; Pm = Produktionsmittel; c = konstantes Kapital; v = variables Kapital; K = Gesamtkapital = c + v; ...P... = Produktionsprozeß, m_p = Mehrwert in Warenform (Mehrprodukt), m = Mehrwert; p = [›industrieller‹] Profit; r = Grundrente, z = Zins, t = Steuer; +^C = Investitionen; — = aus ... wird]

ist ersichtlich, der Mehrwert wird aufgeteilt in p für den aktiven Kapitalisten, aus welchem Fundus die Investitionen aus Eigenkapital zu tätigen sind, r was an Grundrente abfällt, z für den Zins [Fremdkapital] und t für Steuern, welche im klassischen Modell in r enthalten sind und nachfolgend so behandelt werden. Wenn alle Beteiligten sich gleichmäßig die Taschen füllen und die Investitionen einen doppelten Teil bilden, ist der Mehrwert zu fünfeln, ›solide‹ wird da leicht zu einer Zahl von 15 % bis 25 % des eingesetzten K. Ein ›Finanzinvestor‹, der sich mit einer ›Rendite‹ von 3 % konfrontiert sieht, hält diese eher für ›sanft‹ denn für ›solide‹, obwohl dies, wenn nicht die Substanz verzehrt werden soll, bereits einer Profitrate $[\frac{m}{K}]$ von 15 % entspricht.

- 13 ›Die Lücke‹. Im Zuge der Einführung des sanften Sozialismus wurde die Steuer auf Veräußerungsgewinne abgeschafft [auch Anm.10]. Die Banken konnten also ihre Anteile sehr lukrativ verkaufen [goldene Lücke]. Da diese Maßnahme im Paket mit verschiedenen anderen Gesetzesänderungen auch Hedge Fonds, Private Equity und andere Finanzinvestoren eingeladen haben weitgehend steuerfrei ›Kasse zu machen‹, ist es in der Folge zu den bekannten Unternehmensübernahmen und Auflösungen gekommen. Ohne solche Techniken sind jedoch dauerhaft ›solide Renditen‹ nicht zu erreichen.

QUELLE

So sprach sich [...] Ole von Beust [...] dafür aus, öffentliches Eigentum nur zu privatisieren, wenn die Investoren sich auch dem jeweiligen Standort verpflichtet fühlen und die soziale Grundversorgung gewährleistet sei.¹⁴ Als Beispiel nannte er [nicht die ›Neue Heimat‹, sondern] die Pensionsfonds, welche mittlerweile als Gegenmodell sowohl zu den spekulativen Hedgefonds als auch zu den PrivateEquity-Fonds gelten.

Die völlig unkontrolliert¹⁵ mit Riesensummen jonglierenden Hedgefonds, die [...] oft nur an optimaler Ausnutzung kurzfristiger Kursschwankungen interessiert sind, gelten als Stabilitätsrisiko für das Weltfinanzsystem. Wenn sie das Management eines Unternehmens unter Druck setzen, dann nicht etwa im Sinne einer besseren Unternehmensführung, sondern rascher und maximaler Gewinnausschüttung. Das bekam auch die Deutsche Börse zu spüren, deren Versuch, die Londoner Börse zu übernehmen, von Hedgefonds gestoppt wurde.¹⁶

[...]

Pensionsfonds waren einer der wichtigsten Motoren des Private-Equity-Booms der vergangenen zwei Jahre [2006/2007]. ihre Manager investieren in Hedgefonds, weil diese anders als Pensionsfonds in ihren Anlageentscheidungen keinen [gesetzlichen] Beschränkungen unterliegen.¹⁷ Damit umgehen die Pensionsfondsmanager ganz einfach die gesetzlichen Auflagen, die zum Schutz der Anleger und deren Altersversorgung üblicherweise gelten.

Manche Pensionsfonds investieren 10 Prozent und mehr ihres Kapitals in riskante Fonds. Im Wall Street Journal war [...] zu lesen, daß sich die von Pensionsfonds in PrivateEquity-Fonds angelegten Summen im Zeitraum 1994 bis 2004 auf 100 Milliarden Dollar vervierfacht haben – und der Private-Equity-Boom hatte 2004 erst richtig begonnen.

[...]

babbelClub

- 14 Eine der üblichen leeren Politikerphrasen. Wie im gesamten Artikel verbale Diminutionen spekulationshemmender oder unterbindender Möglichkeiten und Maßnahmen bis hin zum Nichts. ›Verpflichtet fühlt‹ sich jeder überall jederzeit, nur wenn es zählt, gibt es ›keinen Ausweg‹, ›keine Alternative‹, eben die passende Phrase zum passenden Kruzifix [Arbeitsplätze]. Weshalb kann der ›Investor‹ genannte Spekulant nicht verpflichtet sein oder werden, bspw. gesetzlich, wie im Ansatz vor Abschaffung der Steuern auf Veräußerungsgewinne, und zum Ausgleich dafür ›sein Gefühl‹ behalten? Wer ist das Subjekt, das die ›soziale Grundversorgung‹ gewährleistet? Wessen Grundversorgung ist gemeint, und was ist das überhaupt? Nur leeres Gerede, Worthülsen, Vernebelungen.
- 15 Die Hedgefonds sind nicht unkontrolliert, dahinter stehen menschliche Individuen mit ›privaten‹ Interessen. Auch wenn diese Individuen der Autorin persönlich unbekannt sind, kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich unter der täuschenden Oberfläche ein viel radikalerer Sozialismus ausbreitet oder verbreitet wird als der oben beschriebene [[Anm.8](#)].
- 16 Die gute Deutsche Börse wollte die Londoner Börse übernehmen. Was heißt das? Vermutlich um auch auf den britischen Inseln den Sozialismus aufzubauen. Nun kommen die bösen Hedger. Sie stoppen die guten Deutschen. Wie haben sie das gemacht? Haben die Hedger etwa selbst die Londoner Börse geschluckt [gekauft]? War es eine Preisfrage? Preisfragen sind bei den Deutschen gegenwärtig sehr beliebt. Je höher der Preis, desto größer die Beliebtheit. Vielleicht sind die Briten doch nahe Verwandte.
- 17 Dies ist kein Naturgesetz, sondern Gesetzeslage seit 2003 [vgl. [Anm.10](#)].